



Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD (AfB) zum Berufsbildungsbericht: Recht auf Ausbildung ist nötig

Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD (AfB) zum Berufsbildungsbericht: Recht auf Ausbildung ist nötig
Zur Vorstellung des Berufsbildungsberichtes 2013 der Bundesregierung erklärt der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD (AfB), Peter Befeldt: Das duale System der Berufsausbildung ist erfolgreich und vorbildlich. Jugendliche wollen sich selbst und anderen beweisen, dass sie auf eigenen Füßen stehen können. Angesichts des demografischen Wandels haben wir einen enormen Fachkräftebedarf, trotzdem haben immer noch zu viele Jugendliche keinen Ausbildungsplatz. Nur noch 21,7 % der Betriebe bilden aus, also fast nur noch jeder fünfte Betrieb. Damit hat die Ausbildungsbetriebsquote einen historischen Tiefstand erreicht. Eine Ausbildungsbetriebsquote von mindestens 30 % ist notwendig, um allen Jugendlichen ein Ausbildungsplatz geben und den Fachkräftebedarf decken zu können. Von fast 825.000 Ausbildungsplatzsuchenden haben nur 550.000 einen Ausbildungsplatz bekommen, d.h. ein Drittel ging leer aus. Die SPD proklamiert in ihrem Regierungsprogramm das Recht auf Ausbildung mit einer Berufsausbildungsgarantie und branchenbezogenen Ausbildungsfonds wie beispielsweise im Bauhaupt- und Baunebengewerbe. Wo nicht genügend betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, sind die Angebote berufsbildender Schulen zu sichern und zu stärken, um Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung zu ermöglichen und höhere allgemeinbildende Abschlüsse zu vermitteln.
SPD Bundesgeschäftsstelle
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 25991 0
Telefax: 030 28090-507
URL: <http://www.spd.de>

Pressekontakt

SPD

10963 Berlin

spd.de

Firmenkontakt

SPD

10963 Berlin

spd.de

(Da unsere Organisationseinheiten auf verschiedene Gebäude verteilt sind, müssen Sie ggf. die genaue Adresse bei der Organisationseinheit erfragen.)
Zukunftsgerecht in Europa
Gerechtigkeit und ein fairer Wettbewerb in einem sozialen Rechtsstaat zeichnen das Zusammenleben in der Europäischen Union aus. Das macht das europäische Sozialstaatsmodell so einzigartig. Es fußt in der europäischen Aufklärung und speist sich aus der europäischen Arbeiterbewegung. Denn im Kern geht es diesem europäischen Sozialstaat immer auch um Teilhabe und Mitbestimmung. Soziale Bürgerrechte, Zugang zu Bildung und gerechte Teilhabe am Wohlstand - dieses Europa ist grundlegend geprägt von der sozialdemokratischen Idee. Diese Grundidee des Sozialstaatsmodells wollen wir im Europa der Zukunft beibehalten. Das ist auch der Grundgedanke der Agenda 2010.....